

Mit dem Instrumentarium, das ihm Obama vererbt, könnte auch Donald Trump sehr viel Unheil anrichten.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 176/16 – 14.12.16

Oberbefehlshaber Donald Trump verfügt auch dank Obamas Vorarbeit über eine erschreckende Machtfülle

Von Alex Emmons

The Intercept, 11.11.16

(<https://theintercept.com/2016/11/11/commander-in-chief-donald-trump-will-have-terrifying-powers-thanks-obama/>)

Wenn Donald Trump im Januar mit der Übernahme des Präsidentenamtes auch Oberbefehlshaber (der US-Streitkräfte) wird, hat er fast unbegrenzte und unkontrollierte Machtbefugnisse.

Er wird (von Obama) ein kaum durchschaubares Drohnen-Programm und das Foltergefängnis Guantanamo Bay übernehmen. Das dann ihm unterstehende FBI verfügt über ein Netzwerk von 15.000 bezahlten Spitzeln, die nicht nur Moscheen [s. dazu auch <http://edition.cnn.com/2009/US/03/20/fbi.muslim.groups/>], sondern auch Aktivisten (aller Bewegungen) ausspionieren [s. <https://theintercept.com/2016/07/19/blm-fracking-protests/>], und sein NSA-Überwachungsimperium ist allgegenwärtig und nur an undurchschaubare Regeln gebunden, die fast alle der Geheimhaltung unterliegen. Er wird auch einen Bombenkrieg erben, der sich mittlerweile über sieben islamische Länder erstreckt. Er kann de facto ganz allein einen Krieg anzetteln und hat die Hand am Abzug von Atomwaffen, die sich fast alle in ständiger Alarmbereitschaft befinden [s. <http://www.ucsusa.org/nuclear-weapons/hair-trigger-alert>].

Die von Hillary Clintons Wahlniederlage überraschten Demokraten, die ihrem Präsidenten Obama diese Machtfülle verschafft haben, müssten jetzt eigentlich ins Grübeln kommen, weil nun ein Mann ins Weiße Haus einzieht, den sie mit guten Gründen als "unbeherrscht, gefährlich und völlig ungeeignet" bezeichnet haben. [s. dazu auch <http://www.politico.com/story/2016/09/trump-unhinged-alicia-machado-clinton-228956> und <https://www.hillary-clinton.com/briefing/factchecks/2016/09/06/senator-tim-kaine-denounces-trump-as-dangerously-unfit-to-be-commander-in-chief/>]

In den Jahren nach den 9/11-Terroranschlägen haben Vizepräsident Dick Cheney und sein Rechtsberater David Addington [s. dazu auch <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/blog/2007/09/05/BL2007090501337.html>] die Macht des Präsidenten stark ausgeweitet und ihm die Befugnis verschafft, in Kriegszeiten Recht und Gesetz missachten, und damit auch den Auftrag zum Foltern und Abhören geben zu können. Die Demokraten haben zugestimmt [s. dazu auch <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/09/28/AR2006092800824.html>] und diese Ermächtigung später auch nicht mehr rückgängig gemacht [s. auch <http://www.cfr.org/terrorism-and-the-law/detainee-treatment-act-2005-hr-2863-title-x/p9865>].

Als Obama Präsident wurde, beließen sie ihm stillschweigend diese illegale Machtfülle.

Als die *New York Times* 2005 die ungenehmigte Abhörpraxis Bushs bekannt machte, hielten 60 Prozent der registrierten Wähler der Demokraten sie für "inakzeptabel" [s. dazu

auch <https://www.washingtonpost.com/news/the-fix/wp/2013/06/11/who-loves-surveillance-it-depends-whos-in-the-white-house/>]. Als Whistleblower Edward Snowden 2013 über den viel größeren NSA-Kontrollapparat informierte, hatten 61 Prozent der Wähler der Demokraten keinerlei Einwände – vermutlich, weil sie ihrem eigenen Mann nicht in den Rücken fallen wollten [weitere Infos dazu s. https://www.washingtonpost.com/page/2010-2019/WashingtonPost/2013/06/10/National-Politics/Polling/release_242.xml].

Die Obama-Regierung hat dieses Vertrauen wiederholt missbraucht. Als sie 2012 ihr Drohnen-Programm rechtfertigen musste, konnte sie keine Beweise für dessen Legalität vorlegen; stattdessen speisten Regierungsvertreter die *New York Times* mit den Hinweisen ab, Obama habe "die Schriften von Augustinus und Thomas von Aquin über den Krieg studiert, und CIA-Direktor John Brennan habe die "strengen Moralvorstellungen eines Priesters, der plötzlich Krieg führen müsse" [Originalartikel s. unter <http://www.nytimes.com/2012/05/29/world/obamas-leadership-in-war-on-al-qaeda.html>].

Nachdem die Demokraten acht Jahre lang zugelassen haben, dass der Präsident seine militärische Macht immer mehr ausgeweitet hat, müssen sie jetzt erkennen, dass Obamas Machtfülle an einen Mann übergeht, der auch unbeteiligte Familienmitglieder von Terroristen umbringen will. Außerdem hat er verkündet, er könne sich noch viel Schlimmeres als "Waterboarding" (simuliertes Ertränken) vorstellen und will "Terroristen mit in Schweineblut getauchten Kugeln abknallen lassen" [s. <http://time.com/4312131/donald-trump-pigs-blood-muslim-story/>]

Die wenigen gesetzlichen Einschränkungen, die im US-Polizeistaat noch gelten, könnte ein Präsident Trump auch noch außer Kraft setzen.

Als Reaktion auf die Proteste in Ferguson, Missouri, hat Obama 2015 eine Verordnung erlassen, die verbietet, dass die Polizei mit überzähligen militärischen Waffen ausgerüstet wird, zum Beispiel mit gepanzerten Fahrzeugen, Granatwerfern, Bajonetten oder großkalibriger Munition. Trump, der Polizisten beschneidet, "die am stärksten attackierten US-Amerikaner" zu sein [s. <https://newrepublic.com/minutes/134969/donald-trump-trying-ways-police-brutality>], und sich weigert, brutale Polizisten zu kritisieren, könnte diese Verordnung ganz leicht widerrufen.

Trump hat angekündigt, er werde eine "Deportationsbehörde" schaffen, weil er offensichtlich nicht wusste, dass es die schon gibt. Obama hat das Budget für Maßnahmen gegen die illegale Einwanderung bereits auf eine absolute Rekordhöhe gebracht [s. <http://www-migrationpolicy.org/research/immigration-enforcement-united-states-rise-formidable-machinery>] und die Anzahl der Zwangsabschiebungen drastisch erhöht. Insgesamt hat er mehr als 2,5 Millionen Menschen abschieben lassen – mehr als jeder andere Präsident vor ihm [s. <http://abcnews.go.com/Politics/obamas-deportation-policy-numbers/story?id=41715661>]; außerdem hat er das Department of Homeland Security (das Ministerium für Innere Sicherheit, weitere Infos dazu unter https://de.wikipedia.org/wiki/Ministerium_f%C3%BCr_Innere_Sicherheit_der_Vereinigten_Staaten) zur größten Strafverfolgungsbehörde in der Geschichte der USA gemacht.

Obama hat zusätzlich Hunderttausende illegaler Einwanderer in "Detention Centers" (Internierungslager, s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP24111_191211.pdf) einsperren lassen und zwingt kleine Kinder, ohne einen Rechtsanwalt vor Einwanderungsrichtern zu erscheinen [s. <http://www.nytimes.com/2016/08/21/us/in-immigration-court-children-must-serve-as-their-own-lawyers.html>].

Trump wird auch das FBI übernehmen, das 35.000 Angestellte und ein Netzwerk von 15.000 bezahlten Informanten hat [s. <http://www.npr.org/2011/08/21/139836377/the-surge>

[in-fbi-informants](#)]. Er hat angekündigt, er werde alle islamischen US-Bürger in einer bei der Regierung geführten Liste erfassen lassen [s. <http://www.nytimes.com/politics/first-draft/2015/11/20/donald-trump-says-hed-absolutely-require-muslims-to-register/>], damit er sie jederzeit über geänderte FBI-Richtlinien, die sie betreffen, informieren könne [s. [https://vault.fbi.gov/FBI%20Domestic%20Investigations%20and%20Operations%20Guide%20\(DIOG\)](https://vault.fbi.gov/FBI%20Domestic%20Investigations%20and%20Operations%20Guide%20(DIOG))].

Was die NSA angeht, hat der Kongress 2015 ein Gesetz beschlossen, das die Überwachung der Telefone der US-Bürger einschränkt. Nach Aussage eines ehemaligen Mitarbeiters des US-Außenministeriums ist die Anzahl der durch die Telefonüberwachung gesammelten Daten aber unbedeutend im Vergleich mit der Datenmenge, die nach der Executive Order (Durchführungsverordnung) 12333 [weitere Infos dazu s. unter https://www.washingtonpost.com/opinions/meet-executive-order-12333-the-reagan-rule-that-lets-the-nsa-spy-on-americans/2014/07/18/93d2ac22-0b93-11e4-b8e5-d0de80767fc2_story.html?utm_term=.284c1fe33ad6] erhoben werden kann, und die könnte Trump jederzeit noch verschärfen.

Um alles noch schlimmer zu machen, hat die Obama-Regierung vor Gerichten durchgesetzt, dass Bürger die Rechtmäßigkeit von NSA-Programmen nicht überprüfen lassen können [s. <https://www.oyez.org/cases/2012/11-1025>], wenn es ihnen nicht gelingt, nachzuweisen, dass sie selbst davon betroffen sind. Weil die Regierung großen Wert auf Geheimhaltung legt, ist dieser Nachweis kaum zu führen; deshalb weisen die Gerichte alle Klagen gegen die NSA-Überwachungspraxis aus Verfahrensgründen ab [weitere Infos dazu unter <https://www.aclu.org/cases/wikimedia-v-nsa-challenge-upstream-surveillance-under-fisa-amendments-act>].

Trump kann auch seine Ankündigung wahr machen, Guantanamo Bay "wieder aufzufüllen" [s. <http://thehill.com/blogs/ballot-box/gop-primaries/263809-trump-calls-for-more-prisoners-in-gitmo>]. Obwohl sich Obama in diesem Jahr darum bemüht hat, das Gefangenenlager schnell noch zu leeren, blieben noch 60 Gefangene übrig und Platz genug, um noch mehrere Hundert einzusperren [s. <http://projects.nytimes.com/guantanamo>].

Mit einem Federstrich könnte Trump auch das globale CIA-Netzwerk von "Black Sites" (geheimen Foltergefängnissen) weiterbetreiben und dort Leute ohne Gerichtsverfahren einfach wegsperren. Nachdem das Oberste Gericht schon unter Bush entschieden hat, dass Guantanamo-Häftlinge das Recht auf eine richterliche Anhörung haben [s. <https://www.oyez.org/cases/2007/06-1195>], hat die Obama-Regierung 2009 durchgesetzt, dass diese Regelung nicht für andere US-Militärgefängnisse rund um die Welt gilt [s. https://www.salon.com/2009/04/11/bagram_3/].

Trump könnte auch sein Versprechen wahr machen, das Folter-Programm der CIA mit Methoden fortzusetzen, die "noch viel schlimmer als Waterboarding" sind, ungeachtet der Tatsache, dass das nach einem 2015 vom Kongress verabschiedeten Gesetz [s. dazu auch <http://www.humanrightsfirst.org/resource/faq-mccain-feinstein-anti-torture-ndaa-amendment>] illegal wäre. Trump könnte sich bedenkenlos darüber hinwegsetzen, weil CIA-Leute, die unter Bush gefoltert haben, dafür von Obama niemals zur Rechenschaft gezogen wurden [s. <https://www.aclu.org/feature/accountability-torture>].

Während Trumps Wahlkampagne haben der ehemalige CIA-Direktor Michael Hayden und der jetzt amtierende CIA-Direktor John Brennan beide darauf bestanden, dass CIA-Leute heute jeden Befehl zum Foltern verweigern würden [weitere Infos dazu unter <http://www.nbcnews.com/news/us-news/director-brennan-cia-won-t-waterboard-again-even-if-ordered-n553756>]. Beide haben die CIA-Foltermethoden aber verteidigt, und Brennan hat sogar nur einige abgelehnt, andere aber für "ganz nützlich" erklärt. Unter Brennan hat sich

die CIA sogar dagegen gewehrt, dass der Senat ihre Rechtsverstöße untersucht hat [s. <https://www.theguardian.com/us-news/2016/sep/09/dan-jones-cia-torture-cover-report-senate>].

Trump, der angekündigt hat, er werde "die Scheiße aus den Terroristen bomben [s. <https://www.youtube.com/watch?v=aWejiXvd-P8>] und auch ihre unbeteiligten Familien umbringen lassen" [s. <http://edition.cnn.com/2015/12/02/politics/donald-trump-terrorists-families/>], wird auch Obamas globales, unkontrolliertes Drohnen-Mordprogramm erben. Schon 2009 hat Obama das Drohnen-Programm Bushs stark eskaliert, und die Demokraten haben ihm geglaubt, dass er nur Leute ermorden lässt, von denen "eine unmittelbar drohende Gefahr für US-Bürger ausgeht", auch dann, wenn die Getöteten sich außerhalb von Kriegsgebieten befanden und ihren Mördern völlig unbekannt waren [s. dazu auch <https://foreignpolicy.com/2016/04/05/obamas-most-dangerous-drone-tactic-is-here-to-stay/>].

Obama ließ es so aussehen, als wolle er diese Praxis ändern und unterzeichnete im Mai 2013 Richtlinien [die nachzulesen sind unter https://www.whitehouse.gov/sites/default/files/uploads/2013.05.23_fact_sheet_on_ppg.pdf], die "nahezu Gewissheit" darüber verlangten, "dass die Zielperson eine unmittelbare Bedrohung darstellt und Nichtkombattanten weder verletzt noch getötet werden". In den folgenden Jahren fanden aber trotzdem mehrere fatale Drohnenangriffe statt – darunter auch einer auf eine Hochzeitsgesellschaft im Jemen [s. https://www.democracynow.org/2014/2/21/turning_a_wedding_into_a_funeral] – die bei vielen US-Bürgern den Eindruck erweckten, dass sich die Regierung nicht an ihre eigenen Richtlinien hielt. Außerdem könnte Trump diese Richtlinien jederzeit umgehen, wenn er wegen seines Versprechens, "die Scheiße aus den Terroristen zu bomben", die "unmittelbare Bedrohung" ebenso großzügig (wie Obama) definiert.

Die Obama-Regierung hat auch den Gerichten beigebracht, dass sie die Rechtmäßigkeit von Drohnenangriffen selbst dann nicht zu prüfen haben, wenn dabei US-Bürger getötet wurden [s. <https://www.aclu.org/cases/al-aulaqi-v-obama-constitutional-challenge-proposed-killing-us-citizen> und <https://www.aclu.org/cases/al-aulaqi-v-panetta-constitutional-challenge-killing-three-us-citizens>]. Weil alle im Auftrag von Drohnen-Opfern eingereichten Klagen abgewiesen wurden, müsste auch Trump nicht fürchten, sich vor Gericht verantworten zu müssen.

Selbst für längere Bombenkriege müsste sich Trump nicht rechtfertigen, denn Obama hat zwar die Anzahl der US-Bodentruppen im Irak und in Afghanistan drastisch reduziert, aber er lässt immer noch sieben islamische Staaten bombardieren – obwohl der Kongress darüber weder debattiert, noch zugestimmt hat.

Obama hat die von anderen Präsidenten eingeführte Tradition fortgesetzt, ohne Zustimmung des Kongresses Kriege anzuzetteln, und ist dabei auch nicht vor absurden Begründungen zurückgeschreckt. 2011 musste das Weiße Haus zum Beispiel rechtfertigen, warum es die Streitkräfte Muammar Gaddafis in Libyen ohne Genehmigung des Kongresses bombardieren ließ. Damals schickte der oberste Rechtsberater des US-Außenministeriums einfach ein Memorandum an den Kongress, in dem er die These aufstellte, die Bombenangriffe seien deshalb "keine kriegerische Handlung, weil der Feind überhaupt nicht zurückschießen könne" [s. <http://www.nytimes.com/2011/06/16/us/politics/16powers.html>].

Selbst wenn die Obama-Regierung den Kongress um Zustimmung bat – wie 2013, als sie die Streitkräfte des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad wegen des Einsatzes von Giftgas angreifen wollte – betonte sie, dass sie dessen Zustimmung eigentlich überhaupt nicht brauche. Obama hat den Kongress auch nicht einbezogen, als er den "Krieg gegen den Terror" durch die Bekämpfung des ISIS in Syrien und Libyen, der Al-Shabaab-Miliz in Somalia oder der Terrorgruppe Boko Haram in Nigeria erweiterte.

Mit den Vollmachten ausgestattet, die der Kongress dem Präsidenten Bush bereits 2001 mit der Resolution "Authorization for Use of Military Force" [Ermächtigung zum Einsatz militärischer Gewalt, s. <https://www.govtrack.us/congress/bills/107/sjres23/text>] erteilt hat, "um irgendwelche zukünftigen Anschläge des internationalen Terrorismus zu verhindern," kann jeder Präsident je nach Lust und Laune jederzeit und überall einen Krieg vom Zaun brechen.

Am beunruhigendsten aber ist, dass Trump ein Justizministerium erbt, das einen beispiellosen Krieg gegen die Pressefreiheit geführt hat. Anstatt die unter Bush eingerichtete Behörde zum Aufspüren von Presse-Informanten zu schließen, hat Obama sie noch erweitert und nach dem "Espionage Act" (dem Spionagegesetz) mehr als doppelt so viele Informanten wie seine Vorgänger insgesamt anklagen lassen [s. <http://www.politifact.com/pundit-fact/statements/2014/jan/10/jake-tapper/cnns-tapper-obama-has-used-espionage-act-more-all/>]. Und die Demokraten sind nicht eingeschritten.

2013 hat Obamas Justizministerium die Telefonaufzeichnungen von drei Büros der Presseagentur *Associated Press* beschlagnahmt [s. <https://www.wired.com/2013/05/doj-got-reporter-phone-records/>], um die Quelle für eine Story aufzudecken. Obama führte auch einen siebenjährigen Prozess gegen den Reporter James Risen von der *New York Times* und drohte ihm mit einer Gefängnisstrafe [weitere Infos dazu unter <https://theintercept.com/2014/11/25/talking-james-risen-pay-price-war-terror-press-freedoms/>], um ihn zur Preisgabe der Quelle für einen Artikel über eine misslungene CIA-Operation zu zwingen [weitere Infos dazu s. unter http://www.huffingtonpost.com/norman-solomon/jeffrey-sterling-vs-the-c_b_7449246.html]. Die Klage wurde erst in letzten Minute fallengelassen.

Diese Möglichkeiten geraten jetzt in die Hände eines Mannes, der kein Geheimnis aus seiner Verachtung für die Medien macht. Während seines Wahlkampfs hat Trump wiederholt seine Anhänger auf Reporter gehetzt, Zeitungen mit Verleumdungsklagen gedroht [s. <http://www.nytimes.com/2016/10/14/us/politics/donald-trump-lawsuit-threat.html>] und angekündigt, dass er die Pressegesetze noch verschärfen werde [s. dazu auch <http://www.politico.com/blogs/on-media/2016/02/donald-trump-libel-laws-219866>].

Präsident Obama hat als Oberbefehlshaber viel Zeit damit verbracht, seine eigene militärische Macht zu vergrößern und Gerichte davon abzubringen, ihm das Einsperren, Überwachen und Ermorden von Menschen zu erschweren. Die wenigen Fesseln, die Obama dem Polizeistaat angelegt hat, könnte Trump ganz leicht wieder lockern.

Es ist zu früh, um zu wissen, was Trump tatsächlich tun wird. Aber wenn er seine Wahlversprechen auch nur teilweise umsetzt, wird er nicht nur alle Befugnisse ausnutzen, die sich Obama verschafft hat, sondern sie noch auszuweiten versuchen. Und das Schweigen der Demokraten während der Obama-Jahre wird ihm dieses Vorhaben sehr erleichtern.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit einem zusätzlichen Link in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern waren bereits im englischen Text enthalten. Mit dem neuen "Pentagon-Handbuch zum Kriegsrecht" – aufzurufen unter http://www.dod.mil/dodgc/images/law_war_manual15.pdf – fand unter Obama außerdem ein Neuaufguss autoritärer Rechtstheorien statt, die das Nazi-Regime in Deutschland und andere faschistische Regierungen entwickelt haben. Das geht aus vier von uns übersetzten und in der LUFTPOST abgedruckten Artikeln hervor, die über http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP21815_301115.pdf aufzurufen sind. Das Instrumentarium Obamas hätte natürlich auch Hillary Clinton nutzen können. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

Commander-In-Chief Donald Trump Will Have Terrifying Powers. Thanks, Obama.

Alex Emmons

November 11 2016

When Donald Trump becomes commander in chief in January, he will take on presidential powers that have never been more expansive and unchecked.

He'll control an unaccountable drone program, and the prison at Guantanamo Bay. His FBI, including a network of 15,000 paid informants, already has a record of spying on mosques and activists, and his NSA's surveillance empire is ubiquitous and governed by arcane rules, most of which remain secret. He will inherit bombing campaigns in seven Muslim countries, the de facto ability to declare war unilaterally, and a massive nuclear arsenal — much of which is on hair-trigger alert.

Caught off guard by Hillary Clinton's election defeat, Democrats who defended these powers under President Obama may suddenly be having second thoughts as the White House gets handed over to a man they described — with good reason — as “unhinged,” and “dangerously unfit.”

In the years after the 9/11 terror attacks, Vice President Dick Cheney and his legal adviser David Addington dramatically expanded the powers of the presidency, asserting the unilateral right in wartime to ignore legal limits on things like torture and government eavesdropping. Congressional Democrats generally caved, but made a few efforts to push back.

The Democrats went silent on executive overreach when Obama was elected, however.

When the New York Times revealed Bush's warrantless wiretapping program in 2005, 60 percent of registered Democrats thought the program was “unacceptable.” But after NSA whistleblower Edward Snowden revealed a dramatically larger surveillance apparatus in 2013, a 61 percent of Democrats said the opposite — presumably because they trusted the man in charge.

The Obama administration has counted on that trust repeatedly. When defending the drone program in 2012, instead of referencing its legal standards, administration officials reassured the New York Times that Obama is “a student of the writings on war by Augustine and Thomas Aquinas,” and that CIA director John Brennan is like “a priest with extremely strong moral values who was suddenly charged with leading a war.”

After eight years of trusting the President with expanding military power, liberals must now reckon with the fact that Obama will pass the same capabilities to a man who has proposed killing terrorists' innocent family members, who has said he would do “a hell of a lot worse than waterboarding,” and who has suggested dipping bullets in pigs' blood is sound counterterrorism strategy.

And most of the paltry few legal limitations that regulate the security state could easily be repealed by a President Trump.

In 2015, for instance, in response to protests in Ferguson, Mo., Obama signed an order

banning the transfers of certain surplus military weapons to police, including armored vehicles, grenade launchers, bayonets, and high-caliber ammunition. Trump, who has called police the “most mistreated people in America,” and has refused to criticize police for brutality or killings, could easily revoke that ban.

Trump has said he would create “a deportation force” – apparently ignorant of the fact that he’ll inherit one. Obama has increased the budget for immigration enforcement to an all-time high and accelerated the rate of deportations. Obama has deported more than 2.5 million people – already more than any other President – and has made the Department of Homeland Security the largest law enforcement agency in the country.

Obama also already incarcerates hundreds of thousands of immigrants in detention centers, and forces young children to appear before immigration judges without a lawyer.

Trump will also take over the FBI, which has 35,000 employees and a network of 15,000 paid informants. Trump, who has said Muslim Americans should be forced to register on a government list, could easily rewrite its investigative guidelines.

As for the NSA, Congress passed a law in 2015 ending the bulk collection of Americans’ phone records and replaced it with a modified program. But according to a former State Department official, the phone records program is minuscule compared to the government’s “universe of collection” under Executive Order 12333, which Trump is free to reinterpret or modify.

To make matters worse, the Obama administration has convinced courts that citizens cannot challenge the legality of NSA programs until they can prove they are under surveillance. Because government secrecy makes that generally impossible, courts have started to reject anti-surveillance lawsuits on procedural grounds.

Trump may also get his wish to “fill up” Guantanamo Bay. Despite Obama’s efforts this year to rapidly depopulate the prison camp, 60 prisoners remain, along with the architecture to imprison hundreds more.

With an additional stroke of his pen, Trump could reopen the global network of CIA “black sites” and imprison people there without any due process. After the Supreme Court ruled under Bush that Guantanamo detainees have rights under habeas corpus, the Obama administration in 2009 fought to avoid having the same rule applied to military prisons around the world.

Trump could also make good on his promise to resurrect the CIA’s torture program with a “hell of a lot worse than waterboarding,” despite the fact that it would be clearly illegal under a law passed by Congress in 2015. Trump said he would “expand the laws,” but he could probably get away with it regardless, because by refusing to prosecute any CIA officials involved in Bush-era torture, Obama made clear that presidents can get away with illegal torture.

During Trump’s campaign, former CIA director Michael Hayden and current CIA director John Brennan both insisted that CIA officials would disobey any order to commit “torture.” But both have defended the CIA practices, and while Brennan has said he would refuse to engage in “some of these tactics,” he has defended others as useful. Under Brennan, the CIA has also fought to undermine oversight efforts, and has publicly contested the results of an exhaustive Senate investigation into their abuses.

Trump, who has said he would “bomb the shit” out of terror groups and has proposed killing terrorists’ innocent families, will also inherit a global, unaccountable program of drone assassination. Obama started a vast escalation of Bush’s drone program in 2009, and Democrats have trusted him to assassinate people he deems an “imminent threat,” even when they are far away from war zones, and when he doesn’t even know who he is killing.

Obama made it look like he was reining in the program in May 2013, signing guidelines that required “near certainty that a terrorist target is present,” and “near certainty that non-combatants will not be injured or killed.” But a number of disastrous strikes in the following years – including one on a wedding party in Yemen – have led many to believe the administration is not following its own guidelines. And to whatever extent they actually apply, those guidelines could easily be revoked when President Trump gets to decide what is an “imminent threat,” living out his desire to “bomb the shit” out of terror groups.

The Obama administration has also convinced courts that they have no role to play in reviewing the legality of drone strikes – even when it involves killing a U.S. citizen. Lawsuits on behalf of drone victims, filed both before and after strikes took place have all been dismissed, setting the stage for Trump’s targeting decisions never to see their day in court.

When it comes to sustained bombing campaigns, Trump may not have to justify his actions much at all. Obama dramatically reduced the number of ground soldiers in Iraq and Afghanistan, but he has continued to bomb seven countries, with virtually no Congressional acknowledgement or debate.

Obama has continued the Presidential tradition of going to war without Congress, sometimes in almost absurd ways. In 2011, for example, the White House needed to argue that it could continue bombing Muammar Gaddafi’s forces in Libya without Congressional authorization. So the top lawyer in the State Department sent a memo to Congress arguing that a bombing campaign did not amount to wartime “hostilities,” mainly because the enemy could not fire back.

Even when the Obama administration sought Congressional authorization in 2013 to strike Syrian President Bashar Hafez al-Assad’s forces in retaliation for using chemical weapons, he insisted that he didn’t really need to. And he has not sought out a separate authorization to extend the war on terror to fight ISIS in Syria, ISIS in Libya, Al Shabaab in Somalia, or Boko Haram in Nigeria.

With such expansive war powers, and armed with the broad, Bush-era 2001 Congressional resolution authorizing war “in order to prevent any future acts of international terrorism,” the next President could conduct military operations on a whim.

And perhaps most alarming is that Trump will inherit a Justice Department that has waged an unprecedented war on press freedom. Rather than shut down the Bush-era office that prosecuted leaks to the press, Obama made it his own, and has prosecuted more than twice as many people under the Espionage Act for leaking information to the press than all of his predecessors combined. His actions met with no resistance from Democrats.

In 2013, Obama’s Justice Department seized the phone records from three Associated Press bureaus to uncover the source for a story. Obama also waged a seven-year legal campaign against New York Times Reporter James Risen, threatening him with prison if he did not reveal his source for a story about a botched CIA operation. The prosecutors dropped the request at the last minute.

The legacy of that system is now passing into the hands of someone who has made a show of his contempt for the media. During his campaign, Trump repeatedly incited crowds against reporters, threatened publications with defamation lawsuits, and expressed his desire to “open up those libel laws.”

President Obama has spent much of his time as commander in chief expanding his own military power, while convincing courts not to limit his detention, surveillance, and assassination capabilities. Most of the new constraints on the security state during the Obama years were self-imposed, and could easily be revoked.

It is too early to tell what Trump will actually do. But if his campaign promises are anything to go on, he will flex all the powers Obama accrued and more, while cutting through Obama’s self-imposed restraints like tissue paper. And the silence of Democrats during the Obama years will play a major role in facilitating his abuses.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern